



BayVGH bestätigt – Toilette darf mit Regenwasser gespült werden!

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 26. April (AZ: 4 BV 05.1037 M 10 K 04.3416) das Urteil des Verwaltungsgerichtes Regensburg in Sachen Schlegel/Kaiser gegen den Zweckverband der Isener Gruppe bestätigt. Wie berichtet hat der Zweckverband mit Hinweis auf Wirtschaftlichen Einbußen einem Betreiber einer privat errichteten Regenwassernutzungsanlage die Nutzung des gesammelten Regenwassers für die Toilettenspülung untersagt. Der VGH hat im Wesentlichen die Begründungen des VG bestätigt. Lediglich die im Ersturteil sehr stark betonten ökologischen Gründe, die für die Nutzung von Regenwasser zur Toilettenspülung sprechen wurden nicht im vollen Umfang übernommen. Die nachfolgenden Ausführungen des RA Dr. Ulrich Kaltenegger, Landshut geben Ihnen einen Überblick zu dem Urteil. Der gesamte Text steht Ihnen unter ikt-bayern.de zur Verfügung.

Im übrigen hat der Verwaltungsgerichtshof sich in den Urteilsgründen zu folgenden grundlegenden Dingen geäußert:

- Bei der Frage der wirtschaftlichen Zumutbarkeit von Beschränkungen kommt es nicht auf wirtschaftliche Eigeninteressen des Versorgers an, sondern ausschließlich auf die Zumutbarkeit für die Wasserabnehmer, also die Höhe des Wasserpreises für diese.
- Beschränkungsanträgen kann nicht mit dem Argument entgegengetreten werden, dass noch mit weiteren Anträgen irgendwann einmal zu rechnen sei. Im Hinblick auf eventuelle weitere Befreiungsanträge soll ein Widerrufsvorbehalt zulässig sein, vergleiche oben.
- Die bisherige Rechtssprechung, wonach es nur auf die relative Verbrauchsgebührenerhöhung ankommt, also auf den Wasserpreis innerhalb ein und desselben Versorgungsgebietes, hat der VGH nicht aufrecht erhalten. Vielmehr müssen auch die Wasserpreise anderer Versorger in der Region verglichen werden. Von wirtschaftlicher Unzumutbarkeit will der VGH erst dann sprechen, wenn die Beschränkung der Benutzungspflicht zu einer Gebühr führen würde, deren Höhe den in der „weiteren Umgebung üblichen Rahmen spürbar überschreitet“.
- Im übrigen soll auch die Kalkulation des Wasserversorgers geprüft werden, also konkret die Frage, ob nicht statt einer Erhöhung des Wasserpreises eine Erhöhung der Grundgebühren in Frage kommt.
- Die vom Verwaltungsgericht in den Vordergrund gerückte Argumentation, wonach Umweltbelange (sparsamer Umgang mit Wasser) im Vordergrund stehen, hat der VGH so nicht übernommen. Er hat aber immerhin darauf hingewiesen, dass Umweltschutz als Staatsziel durchaus eine Rolle spielt.

Für weitere Fälle bleibt also zu hoffen, dass notfalls die Umweltproblematik noch stärker in den Vordergrund rücken kann, falls es bei weitgehenden Beschränkungen der Benutzungspflicht tatsächlich zu „unzumutbar“ hohen Wasserpreisen kommen könnte.